

PLANZEICHNUNG

PRÄMBEL UND AUSFERTIGUNG DES BEBAUUNGSPLANES

(ohne örtliche Bauvorschriften)

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I, S. 2141) i.V.m. § 40 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 22.08.1996 (Nds. GV Bl. S. 229), in der jeweils gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Wietzen diesen Bebauungsplan Nr. 11 "Gewerbegebiet Oberfeld" und Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 8 "Gewerbegebiet - Wietzen" basierend auf der Planzeichnung und den nebenstehenden Festsetzungen als Sitzung beschlossen.

Wietzen, den 03. Juli 2006
Ratsvorsitzender
Gemeindedirektor

Planverfasser

Der Bebauungsplan Nr. 11 wurde ausgearbeitet vom Bauamt / Bauleitplanung des Landkreises Nienburg / Weser
Nienburg / W., den 01.02.2006

I.A. Herrmann (HOCKEMETER)

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte Maßstab 1:1.000
Gemeinde Wietzen, Gemarkung Wietzen, Flur 5
Geschäftszeichen L4 97/2006

Vervielfältigung der Angaben des amtlichen Vermessungswesens für nichtzweckmäßige Zwecke ist nicht gestattet (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 Niedersächsisches Gesetz über das amtliche Vermessungswesen vom 12. Dezember 2002 - Nds. GVBl. 2003, S. 5). Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 28.02.2006). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragung der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Das Verfahrensgebiet liegt in einem Bereich, für den ein Flurbereinigungsverfahren durchgeführt wird. Nach § 34 des Flurbereinigungsgesetzes dürfen Bauwerke nur mit Zustimmung des Amtes für Agrarstruktur errichtet, wesentlich verändert oder beseitigt werden.

Behörde für Geoformation, Landentwicklung und Liegenschaften Sulingen
Katasteramt Nienburg (Weser)

Nienburg, den 26.06.2006

Unterzeichnet

Hinweis:

Die mit einem Pfeil gekennzeichneten Gebäude / Baulichen Anlagen sind nicht Bestandteil des Liegenschaftskatasters.

VERFAHRENSVERMERKE DES BEBAUUNGSPLANES

Aufstellungsbeschluss

Der Rat / Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 14.09.1992 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 11 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 07.07.1994 ortsüblich bekannt gemacht.

Wietzen, den 03. Juli 2006

Gemeindedirektor

Öffentliche Auslegung

Der Rat / Verwaltungsausschuss 1) der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 07.02.2006 dem Bebauungsplan Nr. 11 und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 10.03.2006 ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan Nr. 11 und die Begründung haben vom 20.03.2006 bis 24.04.2006 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Wietzen, den 03. Juli 2006

Gemeindedirektor

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan Nr. 11 nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 03.07.2006 als Sitzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Wietzen, den 03. Juli 2006

Gemeindedirektor

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 BauGB am 13.07.2006 ortsüblich bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan Nr. 11 ist damit am 13.07.2006 rechtsverbindlich geworden.

Wietzen, den 13. Juli 2006

Gemeindedirektor

Verletzung von Vorschriften

Innerhalb von zwei Jahren nach In-Kraft-Treten des Bebauungsplans Nr. 11 ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans und der Begründung nicht 1) geltend gemacht worden.

den

den

den

1) Nichtzutreffendes streichen

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung v. 23.09.2004 (BGBl. I, S. 24149, zuletzt geändert durch Art. 21 des Gesetzes v. 21.06.2005 (BGBl. I, S. 1616).

Baunutzungsverordnung 1990 (BauNVO 1990) i.d.F. der Bekanntmachung v. 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionsförderungs- und WohnbaulandG vom 22.04.1993 (BGBl. I, S. 466).

Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 90) i.d.F. der Bekanntmachung v. 16.12.1990 (BGBl. 1991 I, S. 56).

Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. der Bekanntmachung v. 22.08.1996 (Nds. GVBl. S. 353), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 22.04.2005 (Nds. GVBl. Nr. 9/2005 S. 110).

(Für den Bebauungsplan greifen die Überleitungsvorschriften gem. § 244 BauGB)

